

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1873

20.2.1873 (No. 43)

Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

43.

erschienen täglich (Sonntag ausgenommen) durch die Druckerei von H. W. Beyer in Karlsruhe.

Donnerstag 20. Februar

Preis: 4 Kreuzer.

1873.

Zahlreichen Bestellungen auf unser Blatt für den Monat März sehen wir entgegen. Alle Postanstalten und Postboten nehmen solche an; für hier und Umgegend das Bureau unseres Blattes sowie die Austräger.

Karlsruhe, den 18. Febr. 1873.

Die Expedition des Badischen Beobachters.

Adresse des preussischen Episkopates an Seine Majestät den deutschen Kaiser.

Eurer Kaiserlichen und Königl. Majestät Staatsregierung hat in diesen Tagen dem Hause der Abgeordneten zwei Gesetzentwürfe über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen, wie auch über die kirchliche Disciplinargewalt zur Beratung und Annahme vorgelegt. Die unterzeichneten Bischöfe Preussens haben von diesen Entwürfen mit dem tiefsten Schmerze Kenntniß genommen, da dieselben im Falle ihrer Annahme nicht nur die Freiheit der katholischen Kirche im höchsten Grade beeinträchtigen, welche ihr göttlicher Stifter in Sachen des Glaubens, des Gewissens und der Furcht von jeglicher weltlichen Obrigkeit unabhängig hingestellt hat, sondern auch, weil dieselben Satzungen, welche zum eigentlichen Wesen der katholischen Kirche selbst gehören, schwer verletzen, und darum einem Versuch zur Vernichtung dieser Kirche in Preußen gleichgeachtet werden müßten.

Da die Grundsätze unseres h. Glaubens uns katholischen Bischöfen, sowie den Priestern und den Gläubigen, je nachdem dieselben hiervon betroffen werden, nicht gestatten würden, aus freien Stücken derartigen Gesetzen sich zu unterwerfen, dieselben anzuerkennen und zu befolgen, so bitten Eure Kaiserliche und Königl. Majestät wir Unterzeichnete ehrsüchtigst und unterthänigst, Allerhöchstdieselben wollen allergnädigst geruhen, die Zurückziehung dieser Gesetzentwürfe zu befehlen, oder, falls dies nicht angänglich sein sollte, den von beiden Häusern angenommenen Vorlagen die allerhöchste Sanction zu verweigern.

† Paulus, Erzbischof von Köln. † Meislaus, Erzbischof von Gnesen und Posen. † Heinrich, Fürstbischof von Breslau. † Johannes, Bischof von Culm. † Andreas, Bischof von Straßburg. † Peter Joseph, Bischof von Limburg. † Christoph Florentius, Bischof von Fulda. † Mathias, Bischof von Trier. † Konrad, Bischof von Paderborn. † Philipp, Bischof von Emsland. † Joh. Heinrich, Bischof von Osnabrück. † Johann Bernhard, Bischof von Münster. † Wilhelm, Bischof von Hildesheim. † Lothar, Bischof von Osnabrück. † Johann Bernhard, Bischof von Münster. † Wilhelm, Bischof von Hildesheim. † Lothar, Bischof von Osnabrück. † Johann Bernhard, Bischof von Münster. † Wilhelm, Bischof von Hildesheim. † Lothar, Bischof von Osnabrück. † Johann Bernhard, Bischof von Münster. † Wilhelm, Bischof von Hildesheim. † Lothar, Bischof von Osnabrück.

Preussisches Abgeordnetenhause.

Sitzung vom 15. Februar. (Germ.)

(Fortsetzung.)

Ministerpräsident Graf v. Roon fährt fort:

Ich glaube, m. H., in dieser Beziehung wäre es unzeitig eine Controverse zu erregen, die gar nicht stattfinden kann. Da die Commission, wie Sr. Majestät erster Wille ist, die Absicht hat, mit der größten Sorgfalt und Unparteilichkeit zu verfahren, so wird natürlicher Weise die Mitwirkung jedes einzelnen Commissionsmitgliedes auch eine unbefchränkte sein. (Beifall.) Ich bekenne, daß ich kein Jurist bin und das Gerichtsverfahren nur vom Hörensagen kenne, aber so viel ich weiß, ist es nach unserer Gerichtsordnung im mündlichen Verfahren schon jetzt gestattet, daß die einzelnen Zeugen an Bezeugungsvernehmungen persönlich Theil nehmen können und keines Mundstückes bedürfen. Wenn das so ist, so würde es nach meiner Auffassung nicht schwer sein, die Befugnisse der Mitglieder der Commission durch einfache Verweisung auf das Gerichtsverfahren zu präcisiren. In dieser Beziehung also kann ich nur noch im Allgemeinen hinzufügen: die königliche Staatsregierung kann niemals, keiner Körperschaft im Lande, auch diesem Hause nicht, eine Priorität in dem Interesse zugestehen, welches den Beschluß, der eventuell gefaßt werden soll, und der in dem Kaiserlichen Antrag bezeugt ist, gefährdet. Ich bin der Meinung, daß die königliche Staatsregierung ein vorzugsweises Interesse hat, die in den Uebeln stände aufzudecken und diejenigen Uebelstände mit Deutlichkeit zu erkennen, die im allgemeinen Interesse des Landes abgestellt werden müssen. In dieser Beziehung findet also eine

Gleichheit der Ziele statt, und eine Priorität kann ich etwa nur dem gestellten Antrage, aber nicht dem Ziele des Abgeordnetenhauses zugestehen (Beifall rechts.) Die Besorgniß, daß durch Stimmenmehrheit den Intentionen derjenigen Mitglieder, welche aus der Landesvertretung zu der Specialcommission deputirt werden, Abbruch gethan werden wird, ist nach meiner Meinung schon um deswillen nicht zu statuiren, als die Regierung selbst, wenn sie solche Wege geht und solche Ziele verfolgt, in der Wahl der Mitglieder dieser Commission schon mit derjenigen Sorgfalt verfahren muß, um solche Uebelstände zu vermeiden, die der Herr Vorredner berührt hat. Die Staatsregierung wird bei der Auswahl so verfahren, daß schon in der Auswahl der Personen die Garantie gegen solche Uebelstände liegt. Wenn ich nicht im Stande bin, Ihnen heute diese Personen zu nennen, so liegt dies daran, daß darüber noch kein Beschluß der königlichen Staatsregierung vorliegt. Wenn ich ferner mir den Fall denke, daß in den Verhandlungen der Commission Zwistigkeiten darüber entstehen, ob die oder jene Maßregel zu ergreifen, ob die oder jene Person zu vernehmen, ob man dies oder jenes Beweismaterial herbeischaffen soll, wenn darüber wirklich Zwistigkeiten in der Commission entstanden, so wird ja das Protokoll der betreffenden Sitzung darüber Auskunft geben, und die Mitglieder, die aus diesem Hause gewählt werden, und die sich dann etwa in der Minorität befinden, werden ja dann volle Gelegenheit haben, ihre abweichende Meinung zu Protokoll zu geben. (Unruhe links.) Ich bin der Ansicht, daß sehr gewichtige Gründe vorliegen müssen, um eine wohl geregelte Commission zur Statuirung solcher Meinungsverschiedenheiten im Protokoll gelangen zu lassen. Welche anderweitige Garantien für die aus der Landesvertretung zu wählende Commission etwa zu geben sein möchten, ist mir nicht ersichtlich. Die Instruction wird von Seiten der Staatsregierung mit Rücksicht darauf abgefaßt werden, daß der Commission mit allen ihren Mitgliedern vollste Freiheit gewährt wird, innerhalb der Zwecke, zu welchen die Commission da ist. Sodann hat der Herr Vorredner die Gelegenheit benützt, um eine Fortsetzung seiner gestern vor acht Tagen gehaltenen Rede zu halten und das Anlagematerial, das er damals dem Hause mitgetheilt hat, zu vermehren. Ich glaube, m. H., daß Sie nicht erwarten werden, daß ich in diesem Augenblicke darauf eingehe. Wenn Jemand überführt wird mit Thatsachen, die er nicht kennt, so ist er nicht in der Lage, sie zu widerlegen oder zu constatiren. Es ist, seitdem die Rede vom 7. gehalten worden ist, in Bezug auf meinen amtlichen Wirkungsbereich das Nöthige geschehen. Im Uebrigen glaube ich, daß die damals sowie die heute angeführten Thatsachen Material sind für die Untersuchungscommission, die in Betracht kommen, ganz abgesehen von einem Verfahren gegen die eine oder die andere Person, was Sache der Regierung allein ist. Ich kann mich also nicht darauf einlassen, in eine Discussion dieser einzelnen Anlagepunkte gegenwärtig einzugehen. Ich will nur eine Bemerkung thun. Ich will nur Eins bemerken. Wenn irgend ein sittliches Interesse einen beredeten Mann bewegt, eine Angelegenheit recht warm zur Sprache zu bringen und seine eigenen in diesem Eifer für Recht und Sitte gefaßten Anschauungen vorzutragen, so liegt es auf der Hand, daß die Versammlung dadurch in gewissem Grade captivirt wird. (Unruhe links.) Die persönlichen Einflüsse des Redners, die Wärme seines Vortrages theilen sich unmittelbar mit, und deswegen anzunehmen, daß einmal alle einschlägigen Thatsachen wirklich zur Verhandlung gekommen seien, wäre nach meiner Meinung voreilig. Daß aber die Sache ein anderes Gesicht bekommt, nachdem die Acten vervollständigt sind, ist meines Erachtens auch unzweifelhaft. Ich möchte also an die Gerechtigkeit dieses hohen Hauses appelliren, in Bezug auf die von Lasker neulich wie heute erhobenen Anklagen, an die Gerechtigkeit, die ganz einfach in dem Spruch ausgedrückt ist: Man soll Niemand ungehört verdammen. Dies, meine Herren, ist schwer. Die Gerechtigkeit zu üben, ist nicht leicht, wenn man durch so ernsten Vortrag nahezu überzeugt ist. (Unruhe links, Beifall rechts.) Was ich ausspreche, ist meine subjective Empfindung. Ich bin, wenn ich einen so überzeugenden Vortrag höre, geneigt, ihm vollständigen Einfluß auf mich zu gestatten, ich muß mich aber erinnern, daß die Erfahrung lehrt, daß solche Vorträge einmal nicht erschöpfend sind, und ferner, daß sie in einer bestimmten Ansicht gehalten, auch ein Licht auf die Thatsachen werfen, welches gänzlich geändert wird, sowie bei einer anderen Vortragweise eine andere Beleuchtung der Thatsachen eintritt. (Sehr wahr! rechts.) Aber fern sei es von mir, durch diese Worte irgendwie beeinträchtigen zu wollen, was im Eifer für eine gute Sache gesagt wurde. Die Gerechtigkeit verlangt von mir, das Haus zu ersuchen, nicht zu urtheilen, bis die Acten spruchreif sind, und die jetzt eingesezte Commission wird vollauf das Material liefern, um die Acten spruchreif zu machen. (Sehr wahr! rechts.) So hoffe ich, und deswegen schließe ich meinen Vortrag mit dem Wunsche, daß es dem Hause gefallen möge, in Gemäßheit der königlichen Botschaft an der durch dieselbe eingeschickten Specialcommission sich zu betheiligen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Wedell-Behlingsdorf. Es sei ursprünglich die Absicht seiner Partei gewesen, gegen den Antrag Laskers einen selbstständigen Antrag zu stellen, in welchem die Regierung zur Einsetzung einer Untersuchungscommission aufgefordert werden sollte. Dies sei durch die königliche Botschaft unmöglich geworden, die er mit Freuden begrüße. Er und seine Partei werde daher gegen den Antrag Laskers stimmen, doch hoffe er, daß der Herr Abgeordnete vorher seinen Antrag zurückziehen werde. Die geringsten Mißstände hätte er von je anerkannt, und zwar mit dem Wunsche, durch gesetzliche Mittel denselben abzuhelfen. Allein die moderne Gesetzgebung hätte ihr gut Theil Schuld daran, und davon werde schließlich

auch die Verwaltung angeeckt. (Sehr wahr! rechts.) Er und seine politischen Freunde wünschten entschieden, daß eine gründliche Untersuchung angestellt werde, ohne Ansehung der Person, und daß der tüchtige preussische Beamtenstand von den schlechten Elementen gereinigt werde.

Abg. Reichensperger (Koblenz): Er wolle nur wenige Worte der Aufklärung darüber geben, daß sein Name nicht unter dem Antrage des Centrums stehe, und daß er für den Lasker'schen Antrag eingeschrieben sei. Er wünsche eine Untersuchung, wie sie im Antrag Lasker erzielt werde, deshalb habe er sich für denselben zum Wort gemeldet. Uebrigens widerstrebe auch die Centrunspartei durchaus nicht einer Untersuchung, obgleich die Presse, die seiner Partei stets etwas anhängen bemüht sei, das Gegentheil verbreitet hätte. Jetzt, nach dem Eingehen der königl. Botschaft, stelle er sich natürlich auf den Boden derselben und er glaube dies auch von seinen Gesinnungsgenossen sagen zu dürfen, ohne ein Dementi von ihnen erwarten zu müssen. Uebrigens wolle er noch den Wunsch aussprechen, daß die jetzt angeordnete Fadel auch in das Gebiet der Presse hinleuchten möge. Dieselbe bediene sich nur zu oft ihrer Macht, um die Gewissen einzuschläfern und das Unrecht zu verteidigen, habe sich doch sogar ein hochofficiöses Blatt (die „N. A. Z.“) Mühe gegeben, die Mittheilungen des Hrn. Lasker zu vertuschen und zu verdunkeln. Er erinnere ferner an die Rede des Abg. Richter, in der jener die Uebelstände des Preßbüreaus in Anknüpfung an den Welfenfond rügte. Wenn Hr. Lasker mit demselben Eifer die Preßjournale verfolgte, von wem, wie viel, wofür bezahlt werde, so würden auch ganz überraschende Thatsachen zum Vorschein kommen. Das Prosperiren der meisten größten Zeitungen rühre hauptsächlich daher, daß jene das Gröndertum begünstigten. Das über die moderne Gesetzgebung Gesagte könne er völlig unterschreiben, man solle nur an die Aufhebung der Wuchergesetze denken (Aha! links), darin liege eine Erschütterung des religiösen und moralischen Bewußtseins des Volkes. (Widerpruch links.) Daß übrigens durch die Untersuchung das Uebel werde unterdrückt werden, glaube er nicht, man werde sich eben wieder hinter neue Cantelen verschützen. (Sehr wahr! links und im Centrum.) Man müsse vor Allem die Anstellung und Ueberwachung der Beamten besser handhaben, ohne Gunst und Parteirücksichten. Die Angriffe gegen den Handelsminister könne er nicht unterstützen. Derselbe sei anerkanntermaßen ein ehrlicher Mann und das sei genug. (Widerpruch.) Lieber ein unerfahrener und ehrlicher Minister, als ein sehr erfahrener und unehrlicher. (Aha! links.) Schließlich spreche er die Hoffnung aus, daß Herr Lasker seinen Antrag zurückziehen werde. (Beifall.)

Handelsminister Graf v. Seyditz: Der Hr. Abgeordnete Lasker ist heute in neue Specialien eingegangen, ich werde darauf nicht eingehen. Ich und meine Verwaltung haben bisher nicht Gelegenheit gehabt, uns über alle Specialien vollständig zu äußern; wir werden diese Gelegenheit an anderer Stelle finden und so gut wir können, sie benutzen. Ich will ich über diesen Punkt bloß ein Wort sagen. Ich bin überzeugt, daß Hr. Lasker nicht ein Wort gesagt hat, von dessen Wahrheit er nicht überzeugt ist; er wird aber zugeben, daß es auch noch Thatsachen geben kann, die er bisher nicht gewußt hat, und daß, wenn wir einmal darauf zu sprechen kommen werden, mehrere der Fälle sich noch anders gestalten, wie es heute schien. Es ist dies, so viel mein Gedächtniß mir sagt, rüchlich drei Punkte, welche er heute erwähnt hat. Doch ich gehe davon ab. Hr. Lasker hat gewissermaßen Beschwerde darüber geführt, oder sich darüber gewundert, daß ich noch unter der Allerhöchsten Botschaft stehe. M. H., ich habe selbst die Untersuchung dringend gewünscht und danke es Sr. Majestät, daß er mir erlaubt hat, im Amte zu sein, und daß ich die Untersuchung durch meine Unterschrift unter der Botschaft habe bestätigen können. M. H., ich stelle die Sache höher wie mich, aber ich will nicht schamlos erscheinen während der Schlacht, ich will mir nicht den Schein geben, als hätte ich in Beziehung auf mein Bewußtsein und mein Gewissen etwas zu fürchten. Ich weiß genau, daß ich mit Wissen und Willen nicht gefehlt habe, und wenn ich aus Unwissenheit oder Unvollkommenheit meiner Persönlichkeit gefehlt habe, nun, m. H., dann wird es die Untersuchung herausstellen, und ich werde es mir gefallen lassen müssen. Aber, m. H., ich will nicht als feldflüchtig erscheinen, und ich will mir nicht den Schein geben, als wollte ich die Herren, die mit mir in meinem Ministerium gearbeitet haben, allein lassen und mich zurückziehen, denn ich habe die Ueberzeugung, daß wir Alle mit bestem Wissen und Gewissen gedient haben. Fehlbar sind Sie auch wie ich und wie alle Menschen. Das wollte ich nur constatiren, daß ich nicht die Schlacht verlassen will, wenn sie entbrannt ist. (Lebhafte Beifall rechts.) (Schluß folgt.)

Die Hussitenkomödie in Constanz.

(Schluß.)

Schauerlich war der Druck, welcher geübt wurde, um die Leute zur Abstimmung zu bringen. Wir wissen nicht, ob's bei den Beamten überall aus ganz freien Stückeln mit der Abstimmung zugegangen ist; aber daran wenigstens zweifeln wir nicht, daß das Wort „du bist kein Freund des Kaisers“ seine Wirkung nicht leicht verfehlt haben wird. Von den Werkstätten und Arbeitsplätzen wurden die Arbeiter zum „Wählen“ geschickt, von einem Protestanten zu dem Zweck, „daß die Aikatholiken den

Sieg erhalten und die Leute nicht mehr unter das Pfaffenregiment kommen, welches die Leute auf dem Scheiterhaufen verbrennt." Daß man einzelne Männer, die nie beabsichtigt hatten, zur Abstimmung zu gehen, wiederholt drängte, daß man einzelne Arbeiter mit Geld oder mit Bier oder mit einem Frühstück zu tractiren suchte, ist offenkundig. (Manche nahmen an, stimmten aber doch nicht.)

Der Hauptbetreiber ist aber auch da und dort schön abgefahren; so versprach er einem Manne ein gutes Frühstück, wenn er abstimmen gehe, der aber entgegnete: wenn ich ein Frühstück will, kann ich es noch selber bezahlen. Ueberhaupt sind wahrhaft rührende Beispiele von Standhaftigkeit vorgekommen. Ein Protestant sagte z. B. zu seinen beim Grabenaufwerfen beschäftigten Arbeitern: „Ihr werdet auch zum Abstimmen gehen;" die aber hieben wacker darauf los und hörten ihn nicht an. „Ihr könnt jetzt die Arbeit ruhen lassen und abstimmen," meinte er weiter, sie aber hieben wie verzweifelt darauf los und hörten wieder nicht; „ich werde euch entlassen, wenn ihr nicht abstimmen geht," pläzte der Herr endlich heraus und die Arbeiter antworteten: „Ist uns gleich, wir bekommen wieder Arbeit." Und nach Allem diesem hat das Comité heute die Stirne zu behaupten, es seien Seitens der Altkatholiken keine anderen Mittel, als die der Belehrung und des Gewissens angewendet worden und es handle sich nur um Durchführung (!) der katholischen Religion.

Das Comité behauptet auch, die Stimmabgabe habe „in feierlicher Weise" stattgefunden.

Wir verzichten, der armen Arbeiter wegen, die man von der Arbeit weg beige führt hat, darauf, diese „feierliche Weise" zu illustriren. Doch können wir nicht verschweigen, daß man Arbeiter fast wie Gefangene an die Urne geführt hat und daß es auch ohne betrunkenen Abstimmende nicht abging.

Gewiß ist, daß die Abstimmung eine bedauerenswerthe, aber lächerliche Farce war und daß von den Abstimmenden der größere Theil nicht aus eigenem Antrieb an der Urne erschien.

Gewiß ist auch, daß, wenn man die Berechtigung der Abstimmenden selbst nach den von den Herren Altkatholiken beliebten Grundsätzen prüfen würde, der excommunicirten Freimaurer nicht zu gedenken, manche Stimme von nicht hier Wohnhaften, von Protestanten, von Minderjährigen und andern Unberechtigten zu Tage käme. Scheint doch auch der erst kürzlich zu einer Arbeitshausstrafe von 6 Monaten 7 Tagen verurtheilte Eisenbahnepeditör B. abgestimmt zu haben.

Die Abstimmung hat aber an sich schon gar keinen rechtlichen Boden, ja sie ist gesetzwidrig. Dies erklärte Herr Stiftungsverwalter Edelmann, welcher mit den Freunden die Abstimmenden controlierte, öffentlich, als ihn der Herr Oberamtmann zur Anwesenheit bei Eröffnung des Protocolls einladen ließ.

Vor Allem gibt es in der römisch-katholischen Kirche — und nur sie ist in Baden durch Verfassung und Gesetz anerkannt — keine Abstimmung über Glaubenssachen durch Laien. Wer katholisch ist, der glaubt den von Gott bestellten Lehrern, dem Papst und den Bischöfen und wer nicht glauben will, ist eben einfach kein Katholik. Die kath. Kirche hat auch ihre Behörden, die eine allenfalls nöthige Abstimmung anzuordnen, zu leiten und zu überwachen hätten. Ein von irgend wie zusammengestrommelten Leuten aufgestelltes Comité hat jedenfalls keinerlei Recht, eine Abstimmung mit irgend einer rechtlichen Wirksamkeit auszuführen. Ein wahrer Blödsinn ist aber eine geheime Abstimmung über Glaubenssachen. Das heißt, die Leute sollen ein Glaubensbekenntniß ablegen ohne zu bekennen. Unser Heiland hat ohnehin verlangt, daß man seinen Glauben vor den Menschen bekenne. Wenn die Herren wahre Christen sein wollen, dürfen sie also mit ihrem Glaubensbekenntniß sich nicht hinter geheime Stimmzettel flüchten.

Und nun haben die Herren gar nur über die Annahme oder Verwerfung des Unfehlbarkeitsdogma's abstimmen lassen. [„Uebrigens dieses, Angehöriger der Münster (Stephans-Spital) Pfarrei erklärt hiemit, daß er das Dogma von der päpstlichen Unfehlbarkeit nicht als katholisch anerkennt," lauteten die gedruckten Zettel.] Von einem Glaubensbekenntniß wollten die Herren nichts wissen. „Wir leben Gottlob nicht mehr im Zeitalter der hl. Inquisition, wo man gezwungen wäre, sein Glaubensbekenntniß auszusprechen und sich richten zu lassen."

Das Comité hat sehr recht gethan, den Katholiken nicht erst das Glaubensbekenntniß abzufragen. Bei der Abstimmung über das Unfehlbarkeitsdogma allein könne der Gläubigste und der Aufgeklärteste mitwirken, meint die edle Constanzerin. Freilich die

Herren, welche gar nichts glauben, welche von der hl. kath. Kirche längst abgefallen sind und sich von ihr selber ausgeschlossen haben, hätten sonst nicht abstimmen können und über ein Glaubensbekenntniß wären die Herren nie einig geworden und wenn man ein Glaubensbekenntniß aufgestellt hätte, dann wären viele aufmerksam geworden und hätten des Fuchsen Schliche gemerkt. Was soll aber das für eine Kirche geben, wo Jeder glauben kann, was ihm gerade gefällt, wo Jeder „nach seiner Façon selig werden kann"? (nach der Constanzerin.) Und die Leute alle, die man ohne eine Einheit im Glauben auch nur voraussetzen, zusammengetrieben hat, die sollen Katholiken sein? Die wollen einen Theil jener Kirche bilden, der nur jene angehören, die Eins sind im Glauben, in der Hoffnung und in Liebe? — Eine Schaar von Atheisten, Materialisten zusammengewürfelt mit Solchen, die an Gott, an Jesus Christus den Erlöser glauben und mit seiner hl. Kirche bisher einig waren, dieses bunte Gemisch von Unglauben und Glauben soll eine kirchliche Gemeinschaft bilden? Der Verstand mit sammt der Vernunft scheinen den Herren abhanden gekommen zu sein; denn der schlechteste Mann sieht doch ein, daß ein solches Sammelfurium keine Einheit sei und noch viel weniger Anspruch auf Anerkennung als kath. Kirchengemeinde machen kann. Und doch wagen es die aus allen möglichen ungleichartigen Elementen, die Atheisten voran, zusammengewürfelten Leute, nach den Tempeln und Altären Gottes ihre Hände auszustrecken! — Sehen wir aber von Alledem einmal ganz ab, stellen wir uns einmal auf den Standpunkt unserer Gegner. Sie haben mit Ach und Krach 657, richtiger 653 Stimmen zusammengebracht. Davon 290 aus der Münster, 195 aus der St. Stephans- und 168 aus der Spital-Pfarrei. Nach der den Altkatholiken gewiß nicht abholden „Karlsruher Zeitung" vertreten die 657 Stimmen etwa 2000 Seelen; die Altkatholiken haben also, wenn man das Militär außer Acht läßt, jedenfalls nicht den dritten Theil der Stimmen erhalten. Nach all' dem Drängen und Treiben, dem Druck und Zwang, der ausgeübt wurde, ist es unzweifelhaft, daß Alle, die nicht gestimmt haben, das gesetzwidrige Spiel der Hussiten mißbilligen. Wenn die Constanzerin, die dem Unfehlbarkeitsdogma nicht 3 Gläubige zudachte, jetzt meint, es seien ihrer kaum 150, so genügt, um sie eines Besseren zu belehren, schon eine Hinweisung auf die Mitgliederzahl des kath. Männer- u. Gesellenvereins; sie möge sich aber vor Allem jene Tausende von Katholiken vergegenwärtigen, die am hl. Frohnleichnamsfeste ihrem Gott und Heiland in der Procession das Geleit gegeben und so öffentlich vor aller Welt ihren Glauben bekant haben, und sie wird selber finden, daß ihre Behauptungen lächerlich sind.

Die Constanzerin meint, der Kern der Bürgerschaft sei auf ihrer Seite, wir behaupten und beweisen das Gegentheil. Von liegenschaftlich angelegenen Katholiken haben etwa 120, andere seßhafte Bürger vielleicht ebenso viele abgestimmt. Und wie viele besitzende und seßhafte Bürger sind hier, ihr Hussiten?! — Die größte Zahl der Abstimmenden bestand aus Beamten und Bediensteten (ohne die Staats- und städtischen Arbeiter etwa 130) und aus der ab- und zuschießenden Arbeiterbevölkerung, zu deren theilweiser Kennzeichnung noch dienen mag, daß der Arbeiterfortbildungsverein, der Vormittags abstimmte, Mittagz von der Polizei von dem Stadthaus weggejagt werden mußte, weil er Scandal machen wollte. Gezählt und gewogen sind also die Altkatholiken nur eine kleine Minderheit. Sie haben zudem in keiner der drei Pfarreien die Mehrheit, somit nach ihren eigenen Grundsätzen weder auf Kirchen noch Kirchenvermögen Anspruch.

Wäre aber selbst ihre Anzahl größer, so bestünde ein solcher Anspruch gleichwohl nicht, denn nur die römisch-katholische Kirche ist in Baden anerkannt, nur ihr ist das Recht einer öffentlichen Corporation mit dem Rechte der öffentlichen Gottesverehrung gewährleistet. (Siehe insbesondere Art. 1 des Gesetzes vom 9. Oct. 1860); die römisch-katholische Kirche ist hiernach im eigenthümlichen Besitze der kath. Kirchen und des kath. Kirchenvermögens. Sie genießt unter allen Umständen den Schutz der Gesetze und Gerichte. Und um ihre Kirchen und Altäre werden sich die Katholiken bis auf's Aeußerste wehren.

So lieb Schooßkin d der Altkatholicismus bei der Regierung auch sein mag, so wird letztere doch nicht in der Lage sein, dem gesetzwidrigen Ansinnen der Hussiten um Ueberweisung von kath. Kirchen entsprechen zu können. Die Herren mögen sich eigene Kirchen bauen oder aber ihren Gottesdienst,

wenn sie solchen brauchen, in der protestantischen Kirche abhalten. —

So wird denn die ganze Altkatholiken- oder Hussitenkomödie nach unserer Voraussicht im Sande verlaufen.

Bedauerlich und schmerzlich bleibt nur, daß der Same des Unfriedens wieder in unsere Gemeinde, in die Familien gesät ist, so daß Mann und Frau, Eltern und Kinder in religiösen Zwiespalt veretzt sind. Gebe Gott, daß die Verirrten in Wärme umkehren!

Deutschland.

Karlsruhe, 18. Febr. S. R. F. der Großherzog haben unter dem 14. d. M. gnädigst geruht, dem Hofrath Professor Dr. Wilhelm Kühne an der Universität Heidelberg den Charakter als Bezirks-Arzt II. Klasse zu verleihen und den Bezirks-Arzt Franz Kettner in Oberkirch auf sein unterthänigstes Ansuchen, unter Anerkennung seiner langjährigen, treu geleisteten Dienste in den Ruhestand zu versetzen.

* Karlsruhe, 18. Febr. Der „Trompeter von Säckingen" macht in einem Artikel „vom Hogenwald" darauf aufmerksam, daß die Herren Kreis- und Schulräthe Schindler und Professor Eytzenbenz sich an die Spitze der altkatholischen Sache in dortiger Gegend stellen würden. Der Correspondent bemerkt dabei mit Recht, er hätte den Genannten so viel Takt zugetraut, daß gerade sie im Interesse ihres Amtes sich von dem Parteigetriebe ferne gehalten hätten. Wir erwähnen dieser Fälle hauptsächlich nur deshalb, weil wir der Ansicht sind, daß man allenthalben, wo der Hundstau aufsteht, von nun an genau in der Presse constatiren sollte, ob und welche Staatsangestellte sich dabei betheiligen und ob dies in erster Linie oder nur so gelegentlich geschieht. Wir sind überzeugt, daß wenn man der Sache in dieser Weise auf den Grund gehen würde, es sich mit aller Sicherheit herausstellen müßte, daß die „Bewegung" nicht im Volksboden gewachsen, sondern von der Bürokratie geimpft worden ist. Vielleicht könnte sich bei dieser Gelegenheit auch herausstellen, daß die Fäden von den Büreaustuben alle hier in Karlsruhe zusammenlaufen. Daß die „Bewegung" ein Ende mit Heiterkeit nehmen wird, daran ist jetzt schon nicht mehr zu zweifeln und daran haben wir auch nie einen Augenblick gezweifelt; kann man nur constatiren, daß allenthalben die Beamtenwelt an der Spitze gestanden und die Dinge gemacht und geleitet hat, so ist dies von um so größerer Wichtigkeit, weil dadurch zugleich eine schwere Niederlage für die Bürokratie selbst, eventuell des Ministeriums Jolly beim Fallen des Vorgesetzten festgestellt werden kann. Dann könnten unsere Volksversammlungen kommen — und man täusche sich nicht: sie dürften großartig werden!

* Karlsruhe, 18. Febr. In der Landeszeitung, die jetzt fleißig von Dr. Michelis bedient zu werden scheint, vervollständigen wir unsere mangelnden Kenntnisse über den Fort- und Heimgang der „altkatholischen Bewegung." „An die Katholiken Badens!" wird erschrecklich viel adressirt und im neuesten diesbezüglichen Ergüsse heißt es: „Wer jetzt sich nicht aufrafft, der steht in der Wagschaale der Jesuiten!" Wenn das nicht wirkt! „Wer heute sich nicht heben kann", schreibt Göthe in der Blockbergscene, „bleibt ewig ein verlorener Mann!" Doch ad vocem Göthe, — die gleiche Landeshäse hat schon entdeckt, daß Michelis an Göthe, Friedrich an Schiller erinnert! Gewiß geschmackvoll; übrigens ist so viel richtig, daß Schiller mit dem Vornamen Friedrich geheißt hat. Nebenbei erfahren wir aber auch, daß Michelis für sich allein zu schwach sei, allen Anforderungen zu genügen, was wir gerne glauben, obgleich er „wahrhaft Wunder" wirke, was erst näher noch zu prüfen sein dürfte.

? Heidelberg, 17. Febr. Nach einer Pause von 3 Wochen fand heute der zweite altkatholische Gottesdienst statt; es genügt über denselben zu bemerken, daß die Zahl der „Andächtigen" sich heute auf höchstens 160 Personen belief: überall derselbe „fortlaufende Beifall"! In der Peterskirche sahen wir gestern wieder Einige, die nicht da waren: Die H. v. Windscheid, Friedreich, Lange, v. Dusch, u. A.; — sämtliche Universitätsprofessoren — glänzten unseres Wissens durch Abwesenheit. Dagegen bemerkten wir in der vordersten Bank, in einer durch die lange Dauer der „Sitzung" sichtlich unbehaglichen Position den Correspondenten der „Freien Presse", den als Dramatiker wie Tonkünstler berühmten Hrn. Beck, dessen neueste Tragödie: „Der Braunsberger im Leim" (op. XIII. in 1. Aufzug und 1. Abzug) kürzlich in Steinbach mit so durchschlagendem Erfolg aufgeführt wurde. Wie wir aus

zuverlässiger Quelle hören, arbeitet Hr. Beck in letzter Zeit rastlos an einer neuen Composition: einem ergreifenden „Eppelheimer Rienholzmarisch“, der auf Fastnacht fertig werden soll. Dieser Umstand scheint denn auch die Erklärung zu sein für eine kleine Episode, die dem Hrn. Beck vor wenig Tagen auf seinem Bureau passirt sein soll und die in allen Wirthshäusern das Tagesgespräch bildet; sobald wir in dieser Sache authentische Nachrichten besitzen — auf das bloße Gerede der Leute wollen wir uns nicht stützen — kann Weiteres folgen.

f—e. Aus der Rheinpfalz, im Febr. Die Verlagsbuchhandlung von Franz Kirchheim in Mainz hat dieser Tage zwei Broschüren auf den Markt gebracht, welche uns Badener besonders interessieren und die wir deshalb hiermit bestens empfehlen. Ihr Titel lautet: Hans vom See (Dr. Hans Jacob in Hagnau bei Meersburg) „das Narrenschiff unserer Zeit“ und „die preussischen Gesekzentwürfe über die Stellung der Kirche zum Staate, beleuchtet von W. Em. Freiherrn v. Ketteler, Bischof von Mainz.“ Was die erstere Schrift betrifft, so verweise ich auf das Urtheil unseres Landmannes Dendrothones in der Germania, der dieses „Narrenschiff“ Jedermann empfiehlt, der im Kampfe der Gegenwart unter trüben Anwandlungen und düsteren Stunden (kommt bei mir nicht vor!) zu leiden hat. Das Schriftchen hat aber in mir auch den partikularistischen Gedanken angeregt, daß das badische Kinzigthal in einem sonderbaren Zusammenhange zu der Verhöhnung der Narren der Zeit steht! In Straßburg, bei der Mündung der Kinzig, ist Sebastian Brant, der Dichter des Narrenschiffes geboren, in Gengenbach ist Pamphilus Gengenbach zur Welt gekommen, der 1508 das Narrenschiff des Bundeschuhes dichtete, worin er unsern Landmann den Zodocus Friß von Untergrombach verhöhnete (die neueste Ausgabe besorgte Göbcke 1857); in Haslach im Kinzigthal erblickte der Verfasser des dritten Narrenschiffes das Licht der Welt. Sonderbares Zusammentreffen! Sehr wahr sagt der Verfasser des Büchleins S. 5: „je ärmer eine Zeit an Ideen ist, desto mehr Stoff bietet sie dem Satyriker.“ Die gedachte Schrift des hochw. Hrn. Bischofs von Mainz wird gewiß große Erfolge erzielen, denn sie behandelt einen höchst wichtigen Gegenstand und zwar aus der Feder eines Staatsmannes und Geistlichen, der eigentlich nicht direct bei dem Streite als Kämpfer betheiligt ist. Sie ist, so zu sagen, das Urtheil eines theoretisch gebildeten Strategen oder Feldherrn über den soeben begonnenen Krieg. In den Kapiteln: das Ziel; die Mittel; die preussischen Gesekzentwürfe in zwei Unterabtheilungen; die innere Befreiung des kath. Clerus und die äußerliche Befreiung des Clerus; Bedeutung und Geist dieser Gesekvorlagen wird erschöpfend die ganze Streitfrage erörtert. Deshalb nehme ich keinen Anstand, diese Schrift einen nothwendigen Wegweiser in dem augenblicklich spielenden Drama zu nennen. Mit Baden und Dr. Friedberg, dessen Vaterland zu sein unsere Heimath das zweifelhafteste Glück hat, beschäftigt sich der Verfasser von Seite 7—26. Mit Recht legt er dem Aufenthalte des „Ritters“ Josias Bunsen in Heidelberg großen Werth bei. Wer so genau die Sache kennt, wie der Schreiber dieser Zeilen, darf wohl etwas nicht aus der Schule, aber von den Mittagessen plaudern, um den Hrn. Bischof in seiner Ansicht zu unterstützen. Von Bunsen ging der Sturz des Concordates in Baden aus und indirekt die Bildung des Ministeriums Jolly. Bunsen hat den verstorbenen Hofrath Häuffer beim Concordatssturm geleitet in der Hoffnung, Letzterer würde Minister d. J. Da Lamy es wurde, so handelte es sich darum, diesen zu täuschen und zu entfernen, was auch unschwer gelungen ist. Gerwinus hat später dem jetzigen Staatsminister Jolly den Weg zu bahnen wissen. Alles dieses war Bunsen's, Häuffer's und Gerwinus' Werk und Lamey's bediente man sich nur so lange, als man dessen Popularität nicht entbehren konnte. Gerwinus ist freilich später anderer Meinung geworden und hat sich den Demokraten genähert, aber dies geschah zu einer Zeit, wo das Ministerium Jolly schon ganz fest im Sattel saß und die Sphäre von Heidelberg selbst ihren Einfluß schon gänzlich eingebüßt hatte.

Berlin, 16. Febr. Und mit Händedruck schieden sie Beide von Lasker — nämlich der Kriegs- wie der Handelsminister am Schlusse der gestrigen Sitzung und nach einer langen freundlichen Privatunterhaltung. Sie haben's gewiß uns aufrichtigem Herzen gethan, denn von dem Wunsche Lasker's, daß die durch seinen Antrag veranlaßte Aufregung im Lande aufhöre und einer sachlichen Theilnahme

Platz machen möge, theilen sie wenigstens die erste Hälfte und diese ist durch das gestern gewonnene Resultat erfüllt. In den paar Wochen, welche die Session noch dauert, wird die Untersuchung absolut nicht im Stande sein, ihr Material und die daraus entstehenden legislativen Aufgaben zu bewältigen. Selbst während dieser Wochen aber wird die parlamentarische Discussion nicht mehr auf das Thema zurückkommen können, da, wie Lasker gestern selbst constatirt hat, mit der Wahl der Commissare die directe Theilnahme des Hauses an dem Gange der Untersuchung ihr vorläufiges Ende findet. Unter diesen Umständen wird die Arbeit der Commission ganz von selbst eine heimliche, auch wenn nicht einmal — was überdies leicht kommen kann — die Amtsverschwiegenheit dafür ausdrücklich ausgesprochen wird. Da stummt sich das Interesse unseres sensationslüsternen Publikums schnell ab und da es Hrn. Wagener von seinen Vorgesetzten erlaubt zu sein scheint, seinerseits allein eine öffentliche Discussion fortzusetzen, auf die ihm der Ankläger nicht sogleich anders als im Schooße der Commission, also außerhalb der Öffentlichkeit, antworten kann, so wird der vielumschuldige Geheimrath schließlich noch das Beneficium des letzten Wortes für sich haben, bis etwa im nächsten Herbst oder Winter das Thema abgekühlt und verwässert in Form von allerlei Gesekesvorschlägen wieder vor den Landtag tritt. Hr. Lasker selbst wird sich über alles das keine Illusion machen, aber die Parole seiner Partei: um jeden Preis etwas zu Stande zu bringen, ist hier wieder maßgebend gewesen. Die Bewilligung der 120 Eisenbahn-Millionen wird nun wohl auch auf keinen ernstern Widerstand mehr stoßen. (Frk. Btg.)

Berlin, 17. Febr. Der Eingang der Erklärung des geh. Rathes Wagener, welche die „Nordd. Allg. Btg.“ veröffentlicht, besagt, daß Wagener auf eine detaillierte Widerlegung der gegen ihn erhobenen Anschuldigungen durch die Presse jetzt verzichte, nachdem durch die Botschaft des Königs eine Untersuchungscommission eingesetzt sei, welcher die Beurtheilung der Wagener'schen Angelegenheit obliege; die Erklärung beschränkt sich auf die Angabe der Art und Weise, wie das Statut der pommerischen Centralbahn zu Stande gekommen sei, sowie auf die Mittheilung der Umstände, wie die Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister erreicht wurde, und führt aus, daß die Infamiation Lasker's gegen den Handelsrichter: „Letzterer habe durch eine Zuschrift des Handelsministers sich dazu bewegen lassen, die Gesellschaft einzutragen“, unrichtig sei.

Berlin, 18. Febr. Abgeordnetenhaus. Wahl zweier Mitglieder für die Specialuntersuchungscommission. Bei der Wahl des ersten Mitgliedes erhalten von 301 gültigen Stimmen: Lasker 196, Wedell-Behlingendorf 51, Mallinckrodt 49. Die übrigen Stimmen sind zerplittert. Lasker ist somit gewählt und erklärt, anzunehmen. Bei der zweiten Wahl erhalten von 311 Stimmen: Koeller 120, Birchow 80, Mallinckrodt 60, Wedell 49, Elsner v. Gronow 2. Es folgt die engere Wahl.

Berlin, 18. Febr. Herrenhausung. Es wurde beschlossen, die eingegangene königl. Botschaft betr. der Specialuntersuchungscommission zur Schlußberatung zu stellen. Hobrecht wurde zum Referenten, Frottan zum Correferenten ernannt. Die Beratung der Botschaft und die Wahl der Mitglieder für dieselbe findet wahrscheinlich morgen statt.

Ausland.

Wien, 17. Febr. Der Verfassungsausschuß beschloß nach Ernennung des Dr. Herbst zum Berichterstatter, über den Wahlordnungsentwurf ohne vorausgehende Generaldebatte in die Beratung der Wahlreform einzutreten. Bei der Specialberatung der Paragraphen 6 und 7, wobei die Erhöhung der Abgeordnetenzahl discutirt wurde, erklärt Dr. Herbst, daß der Gesekentwurf, wenn auch nicht ohne Mängel, doch ein großer Schritt im Interesse des Reiches sei, dem Ueberzeugungen und berechtigten Ansprüchen zu opfern seien. Der Minister des Innern motivirte die Regierungsvorlage, für welche das in der Thronrede verkündete Programm der Ausgangspunkt gewesen sei. In der Thronrede sei nicht nur auf die Unabhängigmachung des Reichsrathes, sondern auch auf die Wahrung aller zur Vertretung berechtigten Interessen hingewiesen. Damit sei die gleichmäßige Erhöhung der Abgeordnetenzahl aller Gruppen gegeben gewesen.

Genf, 17. Febr. Das „Genf. Journal“ meldet: Bischof Mermillod erklärte dem Bundesrathe, er beabsichtige die Funktionen eines apostolischen Vicars ungeachtet des Verbots der Staatsbehörde auszuüben. In Folge dessen gab der Bundesrath der Genfer Regierung den Auftrag, Mermillod über

die Schweizer Grenze zu bringen. Mermillod wurde heute nach Fernex in Frankreich abgeführt.

Genf, 18. Febr. Mermillod erließ vor seiner Abreise einen Protest. Gestern Abend herrschte vollständige Ruhe. In der Kirche Notre-dame fanden öffentliche Gebete statt. Mermillod wird einige Tage bei einem Priester in Fernex (Fernex) verweilen.

Rom, 16. Febr. Es wird mit Bestimmtheit versichert, der Ausschuß zur Beratung des Klostersgesekes habe die Abschaffung der Generalatshäuser endgiltig beschlossen; jedoch sollen die Ordensgenerale als solche erhalten bleiben und durch eine bestimmte Summe in Renten entschädigt werden; auch wird ihnen ein Theil der Klöster, die sie gegenwärtig inne haben, belassen.

Paris, 17. Febr. Sämmtliche Morgenblätter berichten einstimmig, daß die Fusionsversuche der Monarchisten an der Weigerung des Grafen von Paris zu Chambord zu scheitern gezeichnet seien. Die Madrider Montagsdepeschen lauten sehr befriedigend. Espartero's Zustimmungsadresse treibt die Zögernden an, die Partei der neuen Regierung zu ergreifen.

Versailles, 17. Febr. Die Dreißigercommission nahm heute den Bericht des Herzogs von Broglie über das constitutionelle Gesek entgegen. Der noch nicht veröffentlichte Bericht hält, der „Agence Havas“ zufolge, obgleich in der versöhnlichsten Form abgefaßt, im Wesentlichen alle Beschlüsse der Commission aufrecht.

Madrid, 17. Febr. Am Mittwoch wird ein Decret erscheinen, welches den Carlisten Amnestie anbietet, wenn sie sich innerhalb 14 Tagen unterwerfen, andernfalls sollen sie mit aller Energie verfolgt werden. Das Wohl der Republik erheische den Frieden im Lande.

Madrid, 17. Febr. Das Rundschreiben Castelar's an die Vertreter Spaniens im Auslande erklärt ausdrücklich, daß die Republik nicht in augenblicklicher Ueberraschung, sondern in wohl überlegter Absicht von den Cortes beschlossen wurde. Das Rundschreiben läßt der Loyalität, sowie den constitutionellen Grundsätzen des Königs Amadeo volle Gerechtheit widerfahren; es sei demselben aber nicht gelungen, die stolze Abneigung der auf ihre Unabhängigkeit eifersüchtigen Nation zu besiegen. Die Gründung der Republik sei ohne jede PreSSION erfolgt, und die gewählte Regierung entschlossen, mit aller Energie die Ruhe aufrecht zu erhalten. Das Schreiben beauftragt die Vertreter Spaniens, den ausländischen Regierungen darzulegen, daß die Republik Garantien für die Erhaltung der Ruhe biete, sowie daß sie sowohl nach innen als nach außen den friedlichsten Charakter trage. Ferner enthält das Rundschreiben die Aufforderung, an die Vertreter Spaniens, die irrthümlichen Ansichten bezüglich der Haltung der Armee zu zerstreuen; die Armee sei entschlossen, die öffentliche Autorität, welche, weil aus dem Volkswillen hervorgegangen, eine legitime sei, aufrecht zu erhalten.

Notales.

(Aus dem Amte Emmendingen, 17. Febr. Heute Nacht wurden die Bewohner von Reuthe durch Feuerlärm erschreckt. Es brannte im Hause des Bürgermeisters Kuh. Zum Glück war es windstill und das Haus am Wasser, auch die Gemeindepörrige neben dem Hause, sonst wäre die Hälfte des obern Dorfes in Gefahr, das Unglück jedenfalls größer gewesen. So konnte das Feuer auf das einzelne Gebäude eingeschränkt werden. Menschen und Vieh konnten glücklicherweise gerettet werden; Haus und Scheune aber mit allen Borräthen brannten bis auf den Boden ab. Leider liegt der Verdacht einer Brandstiftung nahe, denn das Feuer entstand um Mitternacht bei den Schweineställen am Ende des Oeconomiegebäudes, und der Bürgermeister, der auf einem polizeilichen Rundgange war, hatte bei seiner Heimkehr nicht das geringste bemerkt, als eine Viertelstunde darauf das Feuer schon lichterloh den Himmel schlug. Die Untersuchung wird vielleicht nähere Anhaltspunkte ergeben.

Telegramm.

(Wiederholt, weil nur in einem Theil der Auflage des gestrigen Blattes.)

Bühl, 18. Febr. Bürgermeisterwahl. Großer Sieg der Ultramontanen! Böllersalven verkündigen soeben die Wahl des Gemeinderath Hug als Bürgermeister. Die Nationalliberalen verdufteten.

Für den kranken Lehrer von Dr. Kolsus Pfarrer in Reuthe 5 fl., in Böfingen von Kaplan Förster ein Coupon im Betrag von 2 fl., von M. 30 kr., von einem Pfarrverweser 1 fl. mit dem Wunsche, daß die Schule in erster Linie eine Pflanzstätte gläubigen und lebendigen Christenthums werde.

Briefkasten.

Nach M. Wollen Sie künftig nur gest. das betr. Zeichen wählen.

Redigirt unter Verantwortlichkeit v. Dr. Ferd. Bisping.

Bauarbeiten-Vergebung.

Die Neuherstellung von Fensterläden am katholischen Pfarrhause zu Ditzelhausen, Bezirksamts Tauberbischofsheim, sollen zur Ausführung in Accord vergeben werden im Anschlage zu 155 fl. 24 kr.

Zur Uebernahme lufttragende Handwerker werden eingeladen, ihre, nach Procenten der Kostenberechnung ausgedrückten Angebote, unter Anschluß von Zeugnissen über Befähigung, Vermögen und Vermögen, schriftlich, versiegelt und mit Aufschrift versehen, bis spätestens den 24. Februar d. J., Nachmittags 3 Uhr, bei der kath. Stiftungscommission Ditzelhausen portofrei einzureichen.

Die Kostenberechnung und Bedingungen sind unterdessen ebendasselbst zur Einsicht aufgelegt.

Zur Eröffnung der Angebote ist den Bietern der Zutritt gestattet.

Karlsruhe und Ditzelhausen, den 17. Februar 1873.

Erzbischöfliches Bauamt. Katholische Stiftungscommission.

Bauaccordbegebung.

Die zur Reparatur des Pfarrhauses in Hög, Amts Schönau, erforderlichen Maurerarbeiten . . . 112 fl. 23 kr. Zimmermannsarbeiten . . . 193 fl. 6 kr. Schreinerarbeiten . . . 68 fl. 3 kr. Glaserarbeiten . . . 116 fl. 38 kr. Schlosserarbeiten . . . 10 fl. 54 kr. Blechenerarbeiten . . . 4 fl. — kr. Schindeldeckerarbeiten . . . 51 fl. 18 kr. Anstreicherarbeiten . . . 48 fl. 55 kr. Tapezierarbeiten ohne Lieferung der Tapeten . . . 5 fl. — kr.

Die Uberschläge und Bedingungen liegen bei kath. Stiftungscommission Hög zur Einsichtnahme auf und sind die in Procenten des Uberschlages auszudrückenden schriftlichen Angebote längstens bis

Dienstag den 5. März d. J. versiegelt und mit passender Aufschrift versehen ebendasselbst portofrei einzureichen.

Freiburg und Hög, den 16. Febr. 1873.

Erzbischöfliches Bauamt. Katholische Stiftungscommission.

Noch kurze Zeit! Glas-Photographien-Kunst-Ausstellung

in der Eintracht. Täglich geöffnet. Stereoscopen-Verkauf.

Bedenkliches für die deutschen Katholiken

von Alban Stolz.

Preis: 2 Stück 1 Kreuzer. 100 Stück 36 Kreuzer.

Isländisch-Moos-Pasta gegen Husten und Heiserkeit.

Die Pasta bewährt sich als ein vorzüglich linderndes Mittel bei katarrhalischen Affectionen und chronischen Brustleiden. — Die Zusammensetzung der Pasta ist der Art, daß auch bei häufigem Genuße derselben der Magen nicht gefäuert wird. — Das Präparat zeichnet sich vor ähnlichen, zu gleichem Zwecke gebräuchlichen Mitteln, durch einen angenehmen nicht allzu süßen Geschmack aus. — Preis per Schachtel 21 kr.

Rosen-Apothekerei von Karl Engelhard in Frankfurt a. M.

Niederlagen:

In Karlsruhe: Apotheker G. Doll.

Apotheker L. Walt.

C. Sachs'sche Hof-Apothek.

37.25.

Bekanntmachung.

Zulassung von Zeitungsabonnements für kürzere als vierteljährliche Zeiträume.

In denjenigen Theilen des Deutschen Reichs-Postgebiets, in denen bisher Postabonnements auf Zeitungen für kürzere, als vierteljährliche Zeiträume nicht nachgelassen waren, können fortan außer den vierteljährlichen Abonnements, auch Abonnements auf den zweiten und dritten Monat (zusammen), sowie auf den dritten Monat des Quartals stattfinden. Daneben kann im bisherigen Umfange während des ganzen Quartals rückwirkend vom Beginn desselben ab abonniert werden. Der Erlaßpreis für Zeitungen bei zwei- oder einmonatlichem Abonnement beträgt $\frac{2}{3}$ bz. $\frac{1}{3}$ des vierteljährlichen Erlaßpreises für die betreffenden Zeitungen; die einzuziehenden Beträge werden jedoch auf volle Pfennige oder Viertelgrochen bz. auf volle Kreuzer abgerundet.

Die vorbezeichnete Einrichtung erstreckt sich zunächst auf solche politische Zeitungen und Anzeigblätter, welche innerhalb des Reichs-Postgebiets öfter als wöchentlich zweimal erscheinen und deren Verleger sich mit der Einführung zwei- und einmonatlicher Postabonnements einverstanden erklärt haben. Bei welchen Zeitungen u. s. w. das Letztere zutrifft und auf welche daher zunächst Abonnements für den bevorstehenden Monat Juni stattfinden können, darüber geben sämtliche Postanstalten auf Verlangen Auskunft.

Kaiserliches General-Postamt.

Stephan.

Aquarien!

Eines der billigsten und interessantesten Zimmer-Vergnügen ist wohl das Aquarium.

Zur Anfertigung derselben liefert

Thiere, Pflanzen, Tuffsteine etc.

A. Knapper,

Kunstgärtnerei in Karlsruhe.

Zur richtigen Anlage stehe ich mit meinen Erfahrungen gerne zu Diensten.

Balg. 3.1.

Geld auszuleihen.

Im Heiligenfond dahier sind 800 bis 900 fl. gegen gerichtliche Versicherung auszuleihen.

Wangert, Pfarrer.

Lithographen, Steindruck, Buchbinder finden dauernde Beschäftigung bei F. W. Reichel in Baden-Baden.

Zu verpachten.

Das Stammgut Nappenu wird am 1. Februar 1874 pachtfrei. Dasselbe besteht aus 187 Hektar Ackerland, 11 1/2 Hektar Wiesen und 1 1/2 Hektar Gartenland. — Die Gebäude gestatten es, daß das Gut in zwei Pachtböfe abgetheilt werden kann. — Pachtofferte, welchen der Nachweis des erforderlichen Vermögens beizulegen ist, werden bis 17. März d. J. angenommen. Die Pachtbedingungen liegen bei dem Unterzeichneten zur Einsicht offen. Treichlingen, den 1. Febr. 1873.

3 Sig. Frhr. v. Gemmingen.

Donnerstag 20. Febr. Erstes Quartal. 24. Abonnements-Vorstellung. Ein Lustspiel. Lustspiel in 4 Akten von R. Benedig. Anfang halb 7 Uhr.

Geburten.

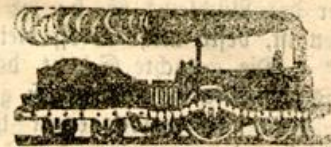
- 14. Febr. Marie, Vater Nikolaus Friedel, Korbmacher.
14. „ Emma Luise, Vater Wilhelm Bauer, Hutmacher.
15. „ Friedrich, Vater Friedrich Rupp, Werkführer.
15. „ Theodor, Vater Aron Bär, Kaufmann.
16. „ Karoline Wilhelmine, Vater Johann Kehler, Schneider.
17. „ Emma, Vater Egidius Giner, Essigsieder.

Eheschließungen.

- 15. Febr. Ernst Findeisen von Leipzig, Maschinenbauer, mit Luise Ruthart von Heimbach.
15. „ Georg Böller von Weingarten, Eisenbahnarbeiter, mit Katharina Munz von Jöblingen.
15. „ Julius Kitzling von Obermutschelbach, Diener, mit Stephanie Hiegler von Bühl.

Todesfälle.

- 15. Febr. Georg Beck, Stallbedienter, ein Ehe-mann. 32 J.
15. „ Marie Katharina, Wittwe des Feldwebels Leber. 80 J.
16. „ Frieda Lina, Vater Wagner Conrad. 11 M. 24 T.
17. „ Magdalena, Ehefrau des Registrators Richter. 51 J.



Fahrtenplan vom 1. Nov. 1872

anfangend: Abgang von Karlsruhe. Nach Rastatt und Baden: 1.00*, 6.45, 7.35*, 10.45, 1.45, 2.30*, 4.50*, 5.15, 7.30. Nach Bruchsal und Heidelberg: 2.10*, 7.10, 9.11*, 12.40, 1.40*, 4.55, 7.10*, 8.40. Nach Pforzheim (Mühlacker): 7.45, 10.10, 1.20*, 1.45, 5.5, 7.45, 11.50*. Von Pforzheim nach Karlsruhe: 5.35, 6.35*, 9.45, 12.25, 1.00*, 4.45, 9. Nach Mannheim (Rheinthalbahn): Hauptbahnhof: 6.10, 9.30, 2. 7.15. Von Mannheim nach Karlsruhe: 5.00, 10.30, 2.40, 6.45. Nach Maxau (Hauptbahnhof): 6.40, 8.35, 10.40, 2.35, 6.5. Die mit * bezeichnetenzüge sind Schnellzüge.

Kours der Staatspapiere. Frankfurt, den 18. Februar.

Table with multiple columns listing various securities, interest rates, and exchange rates. Includes entries for Pr. Anleihe, Reichsbank, and various international bonds.

Preis und Verlag von H. Herber, Verleger des B. in Karlsruhe.